



## Ramsauer: zusätzliche 500 Millionen Euro für bestehende Schieneninfrastruktur

Ramsauer: zusätzliche 500 Millionen Euro für bestehende Schieneninfrastruktur - Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung wird bis 2015 verlängert - Bund stellt der Bahn 2013 und 2014 je 250 Millionen Euro zusätzlich zu den 2,5 Milliarden Euro für Erhalt und Sanierung zur Verfügung - Kartellschäden werden geregelt - Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und Rüdiger Grube, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, haben heute in Berlin drei wichtige Vereinbarungen unterzeichnet: Die Verlängerung der Vertragsgrundlage für die Bundesmittel für das Bestandsnetz um zwei Jahre, die Aufstockung der Bundesmittel für bestehende Schieneninfrastruktur um je 250 Millionen Euro für 2013 und 2014 sowie eine Vereinbarung zur Vermeidung von Korruption und Regulierung von Kartellschäden. "Wir schaffen heute eine wichtige Planungs- und Finanzierungssicherheit für Investitionen in die bestehende Schieneninfrastruktur. Wir geben der Bahn dieses und nächstes Jahr 2,75 Milliarden Euro, also jeweils 250 Millionen Euro zusätzlich. Damit können zusätzliche Bahnhöfe und Brücken saniert und zukunftsfähig gemacht werden. Mehr Sicherheit und Barrierefreiheit ist im Interesse aller Bahnreisenden." - Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube: "Mit der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung ist es uns gelungen, die Qualität unserer Anlagen schrittweise zu verbessern und den Betrieb zu stabilisieren. Daher begrüßen wir es sehr, dass der Bund die jetzige Vereinbarung verlängert und zusätzlich bis 2014 rund 500 Millionen Euro für dringend benötigte Investitionen bereitstellt. Klar ist allerdings auch, dass wir bald möglichst eine Folge-Vereinbarung abschließen und dabei die zentrale Frage der Mittelausstattung klären müssen. Denn nur wenn es uns gelingt, mehr Geld in das bestehende Netz zu investieren, werden wir die Wettbewerbsfähigkeit des Systems Schiene erhalten und steigern können." - Der Bund stellt der Deutschen Bahn AG 2013 und 2014 jeweils 250 Millionen Euro zusätzlich zu den jährlichen 2,5 Milliarden Euro für Erhalt und Sanierung zur Verfügung. Die Finanzmittel werden auch für dringend notwendige Maßnahmen wie die Barrierefreiheit von Bahnhöfen sowie die Sanierung von Eisenbahnbrücken verwendet. Die zusätzlichen Gelder werden aus nicht verbrauchten Mitteln für Neubauprojekte umgeschichtet. Die Ausschüsse des Bundestags haben dem zusätzlichen Investitionsprogramm zugestimmt. - Die Gelder werden nach den Regularien der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) ausgegeben. Die derzeit geltende, erste LuFV wurde 2009 unterzeichnet und hatte eine Geltungsdauer bis 2013. Sie wird nun um zwei Jahre bis Ende 2015 verlängert. In der LuFV werden Qualitätskriterien und Kennzahlen festgelegt, die als Voraussetzung für die Zahlungen von der DB AG erfüllt werden müssen. Die Einhaltung wird vom Eisenbahnbundesamt (EBA) überwacht. - Die Unterzeichnung der dritten Vereinbarung zur Vermeidung von Korruption und der Regulierung von Kartellschadensfällen ist für Peter Ramsauer auch ein persönliches Anliegen: "Korruption und Kartellabsprachen fügen nicht nur der Bahn, sondern der Volkswirtschaft und den redlichen Unternehmen erhebliche Schäden zu. Die nun mit der DB AG getroffenen Regelungen bilden eine solide Grundlage, um Kartellanten in Anspruch zu nehmen. So können aus kriminellen Machenschaften entstandene Schäden für Bund und Bahn künftig zügiger ausgeglichen werden." - Rückzahlungen aus Gerichts- und Vergleichsverfahren - beispielsweise in Kartellfällen - fließen zurück an das BMVBS. Die Mittel können so wieder in das Schienennetz investiert werden. - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) - Invalidenstraße 44 - 10115 Berlin - Deutschland - Telefon: +49 30 18 300 - 2040 - Telefax: +49 30 18 300 - 2059 - Mail: [presse@bmvbs.bund.de](mailto:presse@bmvbs.bund.de) - URL: <http://www.bmvbw.de> - 

### Pressekontakt

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

10115 Berlin

[bmvbw.de](http://bmvbw.de)  
[presse@bmvbs.bund.de](mailto:presse@bmvbs.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

10115 Berlin

[bmvbw.de](http://bmvbw.de)  
[presse@bmvbs.bund.de](mailto:presse@bmvbs.bund.de)

Die Aufgaben Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sind in einem Ministerium vereinigt. Das BMVBS ist damit das wichtigste Investitionsressort der Bundesregierung. Hier sind alle Zuständigkeiten des Bundes für verkehrliche und bauliche Infrastrukturen gebündelt: Bundesfernstraßen, Schienen- und Wasserwege, Städtebau, Stadtentwicklung und Raumordnung. Als herausragendes Innovationsministerium gibt das BMVBS Impulse für die Verkehrstechnologie und die Bauwirtschaft. In der Luftfahrt, in der Satellitennavigation, bei neuen Antrieben und Kraftstoffen, bei energiesparenden Bauweisen sorgen die Experten des Ministeriums für gute Rahmenbedingungen. An seinen beiden Standorten Berlin und Bonn hat das Ministerium insgesamt 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In neun Abteilungen wird die Arbeit des BMVBS umgesetzt. Die Leitungsabteilung untersteht dem Minister unmittelbar und unterstützt ihn bei seinen politischen Aufgaben. Sie widmet sich den Themen der Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Neuen Medien sowie der Zusammenarbeit mit anderen Ministerien, dem Deutschen Bundestag, dem Bundesrat und anderen Institutionen. Die Zentralabteilung nimmt die administrativen Aufgaben im Ministerium selbst und in seinem Geschäftsbereich wahr. Sie hat zentrale Steuerungsaufgaben in den Bereichen Haushalt, Personal, Organisation, Verwaltungsmodernisierung, technische Infrastruktur sowie bei der Betreuung der Liegenschaften. Zusammen mit den nachgeordneten Behörden trägt das BMVBS Verantwortung für über 26 Milliarden Euro an Haushaltsmitteln und rund 27.000 Beschäftigte. Vertreter des Ministeriums nehmen zudem die Interessen des Bundes als Eigentümer bzw. Miteigentümer bei Unternehmen im Verkehrs-, Bau- und Wohnungsbereich, z.B. bei Flughafen- und Wohnungsbaugesellschaften, wahr. In der Abteilung Umweltpolitik und Infrastruktur, Grundsatzfragen des Ressorts, Europaangelegenheiten werden grundlegende strategische Politikkonzepte entwickelt und umgesetzt. Es geht schwerpunktmäßig darum, durch eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur und deren nachhaltige Finanzierung passende Rahmenbedingungen für ein leistungsfähiges Verkehrssystem zu schaffen. Gleichzeitig muss die Verkehrs- und Baupolitik umwelt- und klimafreundlich ausgestaltet werden. Ein weiteres wichtiges Thema der Abteilung ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsentscheidungen zur Verkehrsinfrastruktur. Außerdem kümmern sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter intensiv um die Förderung von Forschung und Innovation sowie die Koordination und Steuerung der EU-Politik. Für alle Fragen rund um den

Schiene- und Straßenverkehr ist die Abteilung Landverkehr zuständig. Sie vertritt außerdem die Interessen des Bundes als Eigentümerin der Deutschen Bahn AG. Wichtigste Aufgabe der Abteilung Straßenbau ist der Erhalt, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen. Das Straßennetz im Verantwortungsbereich des Bundes besteht derzeit aus rund 12.000 km Bundesautobahnen und etwa 41.000 km Bundesstraßen. Für die 7.300 km langen Binnenwasserstraßen und die Seewasserstraßen mit einer Fläche von 23.000 km<sup>2</sup> in unserem Land ist die Abteilung Wasserstraßen und Schifffahrt zuständig. Einen Schwerpunkt dieser Abteilung bildet die Mitarbeit in internationalen Institutionen, in denen z.B. Fragen des See- und Schifffahrtsrechts erörtert und entschieden werden. Auch in der Abteilung Luft- und Raumfahrt ist der Blick über die Grenzen Deutschlands Alltag. Hier geht es sowohl um faire internationale Wettbewerbsregeln als auch darum, den weltweit wachsenden Luftverkehr effizient, sicher und umweltfreundlich zu gestalten. Die Abteilung Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen kümmert sich um die Bereiche Stadtentwicklung und Raumordnung, Bau- und Wohnungsrecht sowie Mietrecht. Dabei hat die gemeinwohlorientierte Sicherung des Wohnens auch angesichts der demografischen Entwicklung einen hohen Stellenwert. In dieser Abteilung sind auch die Programme der Städtebauförderung, vor allem zum Stadtumbau sowie zur Sozialen Stadt angesiedelt. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Entwicklung der ländlichen Infrastruktur gelegt. Die Abteilung Bauwesen, Bauwirtschaft und Bundesbauten ist für Grundsatzfragen des Bauwesens, die energetische Modernisierung, das öffentliche Auftragswesen, Baukultur, Bautechnik und Bauwirtschaft zuständig. Darüber hinaus übernimmt sie die fachliche Verantwortung für zivile Bauten des Bundes im In- und Ausland.